

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/6286 –

**Marktwirtschaftlicher und effizienter Klimaschutz –
Mit weniger Geld mehr Klima schützen**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, zu prüfen, welche Flexibilitäten zur Reduzierung der Kosten nationaler Klimaschutzmaßnahmen nach der Lastenteilungsentscheidung (Effort Sharing Decision, ESD) rechtlich möglich sind und diejenigen Maßnahmen mit dem günstigsten Kosten-Nutzen-Effekt gegebenenfalls zu nutzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatterin

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Karsten Hilse
Berichterstatter

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatter

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Klaus Mindrup, Karsten Hilse, Dr. Lukas Köhler, Lorenz Gösta Beutin und Lisa Badum

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/6286** wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2018 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, unverzüglich zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Menge Zertifizierte Emissionsreduktionen (Certified Emission Reductions, CER) und Emissionsreduktionseinheiten (Emission Reduction Units, ERU) nach der ESD genutzt werden können. Nach abgeschlossener Prüfung seien unverzüglich die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, für den Zeitraum von 2021 bis 2030 frühzeitig ein Konzept unter Berücksichtigung des LULUCF-Sektors zu erarbeiten und die Verpflichtungen aus der ESD schnellstmöglich durch die Aufnahme weiterer Sektoren gemäß Artikel 24 der Emissionshandelsrichtlinie in den EU-Emissionshandel zu senken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 43. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/6286 in seiner 45. Sitzung am 26. Juni 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass eine der größten Herausforderungen der Klimapolitik das fehlende Geld sei. Es sei daher von herausragender Bedeutung, die vorhandenen Mittel effizient für so viele Reduktionstonnen wie möglich einzusetzen. Das Kostenrisiko, das durch die ESD drohe, müsse von der Bundesregierung minimiert werden. Das Geld, das für die bessere Zielerreichung anderer Länder vorgesehen sei, könne in Deutschland für Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden. Bei ihrem Antrag handle es sich um ein Maßnahmenpaket zur Reduktion des Kostenrisikos. Eine mögliche Maßnahme sei die Nutzung ehemaliger Zertifikate aus der Joint Implementation. Weiter könne man die Möglichkeiten und Potentiale der LULUCF-Verordnung umsetzen. Der wichtigste und auch einfachste Schritt sei jedoch, den Emissionshandel nach Artikel 24 Emissionshandelsrichtlinie auszuweiten, die Sektoren Verkehr und Wärme einzubeziehen und damit das Haushaltsrisiko auf null zu senken. Dies sei eine europarechtskonforme, schnelle und effektive Lösung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass die Fraktion der FDP in ihrem Antrag die Prüfung der Nutzung von Elementen bestehender Flexibilitätsinstrumente wie CER, CDM oder Joint Implementation fordere. Sie stellte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

jedoch in Frage, ob die Anrechnung auf das nationale Non-ETS-Ziel bei Flexibilitäten aus einer vergangenen Handelsperiode überhaupt möglich sei. Ziel müsse es sein, die sog. Strafzahlungen abzuwenden. Für diese habe die Bundesregierung 300 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Es sei jedoch noch nicht absehbar, ob dieser Betrag unter- oder überschritten werde. Wichtiger sei im Hinblick auf die Klimakonferenz in Chile Ende 2019, Marktmechanismen und Regeln einzuführen, die nicht zu einer Doppelanwendung führten.

Die **Fraktion der AfD** vertrat die Ansicht, dass der Mensch mit seinen CO₂-Emissionen nicht für die derzeitigen Klimaschwankungen verantwortlich sei. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen würden sich laut einer Studie bis 2050 auf 4,6 Billionen Euro belaufen. Es handle sich bei Klimaschutzmaßnahmen nicht um marktwirtschaftliche, sondern um planwirtschaftliche Maßnahmen, weswegen der Antrag abgelehnt werde.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, dass vor dem Hintergrund der mehrfachen Ablehnung von FDP-Anträgen zur Ausweitung des Emissionshandels eine erneute Beschäftigung mit dem Thema Zeitverschwendung sei. Auch die energieintensive Industrie lehne einen solchen Ansatz ab. Für sinnvolle und rentierliche Investitionen gebe es – entgegen der Auffassung der FDP – erhebliche finanzielle Mittel. In der zweiten Jahreshälfte müsse der Rahmen für solche Investitionen geschaffen werden, zum Beispiel durch die Abschaffung des 52 GW-Deckels für PV. Der Vorschlag, Flexibilitäten aus der Zeit vor der Reform zu nutzen, sei ein Rückschritt. Die Regeln der EU müssten auch im Effort-Sharing-Bereich akzeptiert werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass aus ihrer Sicht bei diesem Thema mehr Marktwirtschaft nicht die Lösung sei. Die Bundesregierung müsse für ihre Verfehlungen eintreten, statt alte Gutschriften aus den Entwicklungsländern aufzukaufen. Es sei ausreichend Geld für Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland sowie der Unterstützung von Entwicklungsländern auf diesem Gebiet vorhanden. Gesetzliches statt marktwirtschaftliches Handeln sei dringend erforderlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass zwar sog. Strafzahlungen drohten, der Lösungsansatz der Fraktion der FDP sei jedoch der falsche. Der CDM sei laut mehreren Studien im hohen Maße unwirksam. Es seien Projekte darunter klassifiziert worden, die ohnehin realisiert worden wären. Auch könnten dadurch vermutlich keine Kosten eingespart werden, da die Zertifikate im Non-ETS-Bereich sehr niedrig seien und in etwa dem Preis entsprächen, der auch anderweitig zu zahlen wäre. Der Vorschlag, Projekte auf Gemeinschaftsebene durchzuführen, sei zwecklos, da es dafür derzeit noch keinen rechtlichen Rahmen gebe. Einzige Auswirkung des Antrags sei es, dass wirksame Klimaschutzmaßnahmen weiter hinausgezögert würden.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/6286 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatlerin

Klaus Mindrup
Berichterstatler

Karsten Hilse
Berichterstatler

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatler

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatler

Lisa Badum
Berichterstatlerin